# Riesaer Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1339 Girokasse Riesa Nr. 52.

**№ 250.** **Donnerstag, 25. Oktober 1923, abends.** **76. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 20. bis 26. Oktober 600 Millionen Mk. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 120 Mk.; die 89 mm breite Reklamezeile 400 Mk.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Zeilenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Schlüsselzahl: 12 Millionen.


## Ministerberatung über die bayrische Frage.

### Erklärungen des Reichskanzlers.

Berlin. Anstelle der zur Besprechung der bayerischen Frage geplanten Reichsratssitzung fand gestern nachmittag in der Reichskanzlei eine **Sitzung der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder** statt. Der bayerische Gesandte von **Preger** legte die bayerische Auffassung des Konfliktes dar und erklärte, Bayern sei durchaus reichstreu, habe aber den Wunsch nach einer **Minderung der Ueberspannung des unitaristischen Gedankens in der Reichsverfassung.**

**Der Reichskanzler**

führte namens der Reichsregierung aus, die **Ernennung des Herrn von Kahr** zum Generalstaatskommissar in Bayern habe die Gefahr mit sich gebracht, daß rechtsradikale Kreise in anderen Teilen des Reiches die Stunde für gekommen hielten und zu **Gewaltschritten verleitet** würden. Dieser Gefahr habe der **Reichsausnahmezustand** vorbeugen sollen. Der Reichskanzler hob weiterhin bei aller Würdigung der Schwierigkeiten der bayerischen Regierung hervor, daß die Reichsregierung zur Beilegung des Konfliktes bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Auch die **Reichsregierung wünsche**, daß es gelingen möge, **einen Ausgleich** herbeizuführen. Weiter wies der Reichskanzler auf die wiederholt öffentlich betonten Absichten der Reichsregierung betreffend **Erweiterung der Rechte und Pflichten der Länder** hin. Bayern stehe es frei, weitere Anträge in dieser Richtung zu stellen. Voraussetzung sei jedoch die **Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände.**

**Nach längerer Besprechung wurde folgende**

**Erklärung einstimmig angenommen:**

**In dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reiche stellen sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung. Sie halten eine schnelle Regelung der Personalfragen für notwendig. Um ähnlichen Konflikten für die Zukunft vorzubeugen, verlangen die Länder einmütig die baldige Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in einen zivilen. Im Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler halten die Vertreter der Länder es für erwünscht, daß Verhandlungen über die fernere Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem Reiche und den Ländern im Sinne einer größeren Selbständigkeit der Länder zu geeigneter Zeit eingeleitet werden.**

Im Anschluß hieran erklärte der **Reichskanzler** die **Bereitwilligkeit der Reichsregierung zu einer Verständigung.** Die Reichsregierung sei ferner zu Verhandlungen über eine **größere Selbständigkeit der Länder** bereit. Schließlich sei die Reichsregierung gewillt, sobald es die Verhältnisse irgend wie gestatten, den **Ausnahmezustand vollkommen aufzuheben** oder den militärischen Ausnahmezustand in einen zivilen umzuwandeln.

## Keine Loslösung der Pfalz von Bayern.

Der „Pfälzischen Rundschau" zufolge hat in der Sitzung des Kreistages, die gestern vormittag 11 Uhr stattfand, nach der Eröffnungsansprache des stellvertretenden Präsidenten der **Vertreter der Rheinlandkommission Major Louis** das Wort zu folgender offizieller **Erklärung** ergriffen: In anbetracht, daß der gegenwärtige Zustand nicht andauern kann, ohne schließlich die allernotwendigsten moralischen und materiellen Interessen der Bevölkerung zu gefährden und in anbetracht ferner der höchst beunruhigenden und gefährlichen Lage in Bayern **ist von heute ab die Pfalz als autonomer Staat** mit einer provisorischen Regierung bis zur weiteren Entwicklung der Ereignisse gebildet. Dieser autonome Staat der Pfalz verpflichtet sich feierlich gegenüber der Hohen alliierten Kommission zur Mitarbeit zur Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen, die zur Tilgung der geschuldeten Reparationen und der nötigen Sicherheiten Frankreichs erforderlich sind.

Der **Vorsitzende des Kreistages** erklärte hierauf dem Vertreter der Rheinlandkommission, daß er **nachmittags 4 Uhr dem Herrn General den Bescheid des Kreistages übermitteln werde.** Er fuhr dann fort: Der Beschluß ist durch Verhandlungen zustande gekommen, die der Bürgermeister Kleefoot, zweiter Bürgermeister von Ludwigshafen, Rechtsanwalt Wagner und der frühere bayerische Ministerpräsident Hoffmann-Kaiserslautern, alles Führer der Sozialdemokraten in der Pfalz, mit dem General De Metz geführt haben. Ich glaube, daß Sie alle tief erschüttert von dieser Mitteilung sind und schlage vor, die Sitzung zu unterbrechen, um den Parteien Gelegenheit zur Beratung zu geben.

Die nach der Erklärung des Kommissars Louis von der Rheinlandkommission abgebrochene Sitzung des Pfälzer Kreistages wurde nachmittag wieder eröffnet. **Der Antrag des französischen Majors wurde von allen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokraten einstimmig abgelehnt.**

Die **„Pfälzische Post"**, das Hauptorgan der pfälzischen Sozialdemokraten, veröffentlicht heute einen **Aufruf**, der betont, daß die Stunde gekommen sei, in der die **Pfalz sich von Bayern loslösen müsse**, nachdem die bayerische Regierung die Reichsverfassung gebrochen habe und sich in offener Rebellion gegen die deutsche Republik befinde. Die **Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Pfalz habe die Initiative ergriffen zur Bildung eines selbständigen Staates im Verbande des Reiches**, damit die durch das Vorgehen der bayerischen Machthaber schwer gefährdete Pfalz dem Deutschen Reiche erhalten bleibe. Die Partei sei bereit, die anderen politischen Parteien der Pfalz zu dem

gen, sich an der Bildung einer neuen provisorischen Regierung zu beteiligen.

**Eine Kundgebung des bayerischen Ministerpräsidenten.**

Der bayerische Ministerpräsident von Knilling richtet **an das pfälzische Volk eine Kundgebung**, in der es heißt: Unverantwortliche Elemente haben versucht, die Pfalz von ihrem Mutterlande loszulösen und aus ihr einen selbständigen Staat zu machen. Sie wollten einen zwischen Bayern und dem Reich entstandenen Gegensatz zum Anlaß nehmen, um ein Unternehmen ins Werk zu setzen, das nicht anders als mit der Losreißung der Pfalz auch vom deutschen Vaterlande hätte endigen können. Der gesunde Sinn der Pfälzer, ihre Treue und ihr starker Glaube an ihr geliebtes deutsches Vaterland haben den verabscheuungswürdigen Anschlag vereitelt. Die bayerische Staatsregierung sendet der pfälzischen Bevölkerung in allen ihren Schichten und Berufen für ihr standhaftes Verhalten, für ihre Treue und ihre Anhänglichkeit herzlichen Dank und höchste Anerkennung.

## Eine neue deutsche Note.

**Antrag auf Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit.**

Die Note, welche gestern der Reparationskommission in Paris durch die deutsche Regierung übergeben worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat der Reparationskommission am 13. Januar 1923 davon Mitteilung gemacht, daß sie aus Anlaß der Besetzung des Ruhrreviers die Reparationszahlungen an die an der Besetzung beteiligten Mächte eingestellt hat. Die Reparationskommission hat diese Mitteilung mit Schreiben vom 26. Januar 1923 dahin beantwortet, daß sie die frühere Anfrage der deutschen Regierung auf eine neue Regelung der Reparationsfrage als hinfällig betrachte und daß unter diesen Umständen alle Bestimmungen des Zahlungsplanes vom 5. Mai 1921 in Kraft blieben. Nachdem die deutsche Regierung durch ihre Erklärung vom 26. September 1923 die Bevölkerung des besetzten Gebietes aufgefordert hat, den passiven Widerstand aufzugeben und nachdem sie die im Zusammenhange damit erlassenen Verordnungen und Anweisungen aufgehoben hat, ist dabei auch ihre Entschließung auf Einstellung der Reparationsleistungen an die an der Ruhrbesetzung beteiligten Mächte hinfällig geworden. **Die deutsche Regierung stellt daher ausdrücklich fest, daß sie grundsätzlich bereit sei, die Leistungen aus dem Vertrage von Versailles wieder aufzunehmen.** Andererseits hat jedoch die wirtschaftliche Krise, wie sie sich seit Januar in Deutschland entwickelt hat, der deutschen Regierung tatsächlich die Möglichkeit genommen, jetzt die Geldmittel aufzubringen, die zur Zahlung der Leistungen aus dem Vertrage von Versailles erforderlich sind. Seit den Darlegungen der deutschen Regierung vom 14. November und 27. November 1922 ist infolge der Besetzung des Ruhrreviers und der wirtschaftlichen und finanziellen Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrreviers von deutscher Seite in den Hilfsmitteln und in der Leistungsfähigkeit Deutschlands eine grundlegende Aenderung eingetreten. Die **deutsche Regierung** hat infolge der dadurch hervorgerufenen Zerrüttung der Wirtschaft und der Finanzen bereits am 11. August 1923, wie der Reparationskommission bekannt ist, unter grundsätzlicher Anerkennung ihrer Leistungsverpflichtung ihre **tatsächliche Unfähigkeit erklären müssen, weitere Sachlieferungen an die übrigen Mächte zu bewirken.**

Aus dem gleichen Grunde ist sie auch jetzt **tatsächlich außer Stande, die finanziellen Zahlungen dieser Leistungen fortzusetzen oder von neuem aufzunehmen.** Die deutsche Regierung stellt daher an die Reparationskommission den Antrag, gemäß Artikel 234 des Vertrages von Versailles **eine Prüfung der Hilfsmittel und der deutschen Leistungsfähigkeit einzutreten** und Vertretern der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben, den gegenwärtigen Stand der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit im einzelnen darzulegen und die Maßnahmen zur Sanierung des Budgets und zur Stabilisierung der Währung mitzuteilen. Die Verordnung über die Errichtung der deutschen Rentenbank, durch die eine Reform der deutschen Währung vorbereitet worden ist, beehre ich mich hiermit zur Kenntnis zu bringen. Die deutsche Regierung hat davon Kenntnis erhalten, daß die Reparationskommission die technischen Vorschläge der königlich belgischen Regierung zur Regelung der Reparationen ihrer Finanzabteilung zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen hat. Die deutsche Regierung wird ihre Bemerkungen zu den belgischen Vorschlägen demnächst schriftlich mitteilen. Bei der Schwierigkeit der Materie kann es zweckmäßig sein, ihren Vertretern Gelegenheit zu geben, sich zu den belgischen Vorschlägen und den deutschen Bemerkungen mündlich zu äußern.

## Die Separatistenbewegung.

Die Bewegung der Dorten, Smeets, Decker und wie die Gernegroße der „Rheinischen Republik" sonst heißen mögen, hat sich in dem Augenblick lächerlich gemacht, als sie zeigen wollte, daß sie eine Bewegung sei. Die Gefahr wäre riesengroß gewesen, wenn auch nur eine starke Minderheit des rheinischen Volkes mit ihrer Ueberzeugung, ihrem Willen, ihrer Selbstsucht oder sei es nur mit ihrer Verdrossenheit und ihrer Verzweiflung hinter den Rathausstürmern und Fahnenhissern gestanden hätte. **Der rheinische Separatismus hat etwas viel schlimmeres erlebt, als den Mißerfolg einer Reihe von Putschen: er legte die Probe der inneren Unkraft ab.** Denn günstiger als sie standen, konnten für einen Abfallwillen die Dinge überhaupt nicht stehen. **Der Separatismus war seit Jahren die Hoffnung der stärksten Militärmacht in Europa, zum mindesten der in dieser Militärmacht tonangebenden Partei.**

**Frankreich vermied es, die Sonderbündler ausdrücklich** anzuerkennen, aber es nutzte sie (selbstverständlich) während der ganzen Dauer des Ruhrwiderstandes als Mittel des Kampfes gegen das Deutsche Reich; es erleichterte ihnen die Werbetätigkeit, es stellte Versammlungsräume und Eisenbahnzüge zur Verfügung, die rohesten Unterdrücker bei den Behörden und Truppen wurden mild, sobald sie mit Separatisten sprachen; und selbst da, wo die Franzosen wirklich „neutral" blieben, konnten die Deutschlandverräter wenigstens des persönlichen Schutzes bei härtestem Vorgehen gegen pflichttreue deutsche Polizeibeamte oder sonstige „Störer" separatistischer Aufzüge gewiß sein. Auf der anderen Seite waren (und sind heute noch) die deutschen Zustände ein Boden, auf dem die Aussaat der Abfalltreiber mühelos jede Ernte hätte tragen müssen, wenn nur irgend eine seelische Voraussetzung des Erfolges vorhanden gewesen wäre. **Die Franzosen sind Herren im Lande, die deutschen Behörden machtlos.** Drohender Reichszerfall, Hungergefahr, Arbeitslosigkeit, Geldlosigkeit: die ganze Pandorabüchse erdenkbaren Elends stand der Agitation der Reichsgegner offen.

Was gab es nicht alles zu versprechen? Brot, Frankenwährung, Befruchtung der Wirtschaft mit französischem Kapital, gelindes Regiment der Besatzungsbehörden, geregelte Verhältnisse: das ganze Paradies, als das dem Deutschen von heute das Alltagsleben glücklicherer Völker erscheinen muß. Um mit solchen Werbemitteln so kläglich zu unterliegen, wie die Separatisten unterlegen sind, muß man entweder unwahrscheinlich unbegabt sein — oder man hat mit unüberwindbaren seelischen Widerständen bei nahezu der Gesamtheit der Bearbeitenden zu tun gehabt. Es wäre unhöflich und wahrscheinlich auch unrichtig, Leuten, die augenscheinlich zu allem fähig sind, gerade die Fähigkeit abzusprechen. Man muß also annehmen, daß nicht die Mittel untauglich waren, sondern das Objekt.

Ist der separatistische Versuch endgültig erledigt? Rathäuser und Postämter besetzt zu haben, wenn die Gewehre fremder Soldaten über die Gesundheit der Putscher wachen, ist noch kein Zeichen des Sieges; ebensowenig aber wäre die Vertreibung aus diesen Gebäuden an sich der **Beweis einer nicht wiedergutzumachenden Niederlage.** Aber daß die Separatisten unter für sie so unvergleichlich günstigen äußeren Umständen nicht einmal den Schein der Macht erkämpfen konnten: das allerdings gibt die Sicherheit, daß auch **alle noch folgenden** Versuche, an denen es nicht fehlen wird, **mißlingen werden.** Die wesentliche Ursache dieses Zusammenbruches ist natürlich die im rheinischen Volk durch tägliche Erfahrung gefestigte Erkenntnis, daß Separatist sein heißt: **Deutschlandfeind und Franzosenknecht** sein; die anderweitig beliebte Formulierung, man wolle Deutschland durch Abkehr von Deutschland retten, muß in den von Belgiern und Franzosen besetzten Städten wirkungslos bleiben. Aber es kommt noch hinzu, daß auch die stofflichen Versprechungen der Separatisten nicht sehr überzeugend klangen. Auch von dem „freien Rheinland" hätte man Reparationen verlangt, es wäre besetzt und unter Fremdherrschaft geblieben; was hätte es gewonnen? Und das Ausland, in mancher Beziehung sogar Frankreich, traute dem Separatismus nicht einmal.

**Die Separatisten fast überall verdrängt.**

)( **Mainz.** Dienstag am späten Abend **räumten die Separatisten das Regierungsgebäude** (Kreisamt), nachdem schon vorher die Fahne der sogenannten Rheinischen Republik heruntergeholt worden war. Zwischen Arbeitern und Separatisten, die auf dem Wege zum Bahnhof waren, kam es erneut zu **Prügeleien**, bei denen eine Anzahl Sonderbündler verletzt worden sein soll. Gestern vormittag war die Lage wieder normal. Die Geschäfte sind zum Teil wieder geöffnet, gearbeitet wird überall. Der Handstreich der Separatisten gilt als vollkommen gescheitert.

)( **Andernach.** Die **Stadt ist von Sonderbündlern wieder frei.** Als diese sich an den französischen Kommandanten um Hilfe wandten, lehnte dieser mit den Worten ab: **Der Krieg ist für die Sonderbündler verloren.**

)( **Koblenz.** Nachdem die Sonderbündler vorgestern vormittag Verstärkungen, besonders aus Bonn, erhalten hatten, marschierten sie gegen 4 Uhr nach dem Schlosse, dem Sitze der Regierung, besetzten es und hißten die grün-weißrote Fahne. Gegen 6 Uhr abends säuberte die Polizei den Schloßplatz, entfernte die mehrtausendköpfige Menge und **befreite das Schloß von den Separatisten**, die sie nach dem Bahnhof abschob. Auch die sonderbündlerische Fahne wurde entfernt.

## Teuerungsunruhen im Ruhrgebiet.

Wie aus Essen gemeldet wird, ist es gestern auch im Ruhrgebiet zu einer Reihe von **Teuerungsunruhen und Plünderungen** gekommen. In **Essen**, wo mehrere Lebensmittelgeschäfte und Lastkraftwagen mit Lebensmitteln ausgeraubt wurden, gelang es schließlich der Polizei, die Menge zu zerstreuen und dem Treiben Einhalt zu tun. Auch in **Gelsenkirchen** und Umgebung ist es den ganzen Tag über zu Plünderungen gekommen. Die alarmierte Polizei mußte **von der Waffe Gebrauch machen.** Gegen abend war sie überall Herr der Lage. Auf dem Bahnhof Katternberg wurde bei der Plünderung von Wagen mit Kartoffeln bei dem Eingreifen der Polizei **ein Mann getötet.**

)( **Köln.** In den gestrigen späten Nachmittagsstunden kam es im Anschluß an eine Versammlung der Erwerbslosen im Krystallpalast zu Ansammlungen. Die Polizei schritt ein und versuchte zunächst die Menge auf friedliche Weise auseinander zu bringen. **Die Beamten wurden jedoch mit Flaschen beworfen und mußten von der Waffe Gebrauch machen. Sechs Personen wurden** durch Schüsse verletzt, darunter mehrere schwer. Aus den südlichen und nördlichen